

DIE ITALIENISCHEN MILITÄRINTERNIERTEN IN DER ERINNERUNG DER NACHKRIEGSZEIT

Cord Pagenstecher, Berlin

Die Italienischen Militärinternierten gehörten in Deutschland und Italien zu den „vergessenen Opfern“ des Nationalsozialismus. Trotz der engen Verflechtungen zwischen beiden Ländern fand dieser Teil der gemeinsamen Geschichte keine Beachtung in den jeweiligen Erinnerungskulturen. Die Lagererfahrungen der 600.000 Militärinternierten passten nicht in das Bild, das sich die beiden Nachkriegsgesellschaften voneinander machen wollten.

Italienische Militärinternierte zwischen Besatzung und Zwangsarbeit

Das bereits seit 1922 von dem faschistischen Diktator Mussolini beherrschte Italien war anfangs Vorbild und noch in den ersten Kriegsjahren enger Verbündeter des Dritten Reiches. Nachdem Mussolini aber im Juli 1943 gestürzt worden war, schloss die neue italienische Regierung unter Marschall Badoglio am 8. September 1943 einen Waffenstillstand mit den Alliierten und schied aus dem Bündnis mit Deutschland aus. Daraufhin errichtete die Wehrmacht in Italien ein brutales Besatzungsregime. Bei ihrem allmählichen Rückzug von Süd nach Norditalien hinterließen die deutschen Divisionen eine breite Blutspur. Vor allem im Sommer und Herbst 1944 verübten die deutschen Streitkräfte in Italien im Zuge der sogenannten „Bandenbekämpfung“ zahlreiche Massaker. Allein in Sant’Anna di Stazzema wurden 560, in Marzabotto über 800 Zivilisten ermordet.

Außerdem wurden rund 600.000 italienische Militärinternierte (IMI) zur Zwangsarbeit ins Deutsche Reich und ins besetzte Polen verschleppt.¹ Gleich nach dem italienischen Waffenstillstand am 8. September 1943 nahm die Wehrmacht alle italienischen Soldaten gefangen, die nicht zu den Alliierten fliehen konnten. Das italienische Oberkommando hatte die Truppen orientie-

¹ Detaillierte Informationen und Belege finden sich in: Gerhard Schreiber, Die italienischen Militärinternierten im deutschen Machtbereich, 1943 bis 1945: verraten, verachtet, vergessen, 1990, und Gabriele Hammermann, Zwangsarbeit für den „Verbündeten“. Die Arbeits- und Lebensbedingungen der italienischen Militärinternierten in Deutschland 1943 – 1945, Tübingen 2002.

rungslos im Stich gelassen. Der damals junge Leutnant Claudio S. erinnert sich: „Da es keine Befehle mehr gab, – der König war geflohen, Badoglio war geflohen – hängte sich unser Oberst in diesem Chaos ans Telefon und rief das Ministerium in Rom an. Dort [...] antwortete ein heroischer Major: ‚Hier sind alle geflohen, arrangiert euch!‘ – ‚Arrangiert euch!‘, das sagen die Militärs immer, wenn sie nicht mehr weiter wissen.“² Bei der Gefangennahme kam es vor allem in den bislang von Italien besetzten Gebieten in Griechenland zu schlimmen Massakern. Allein auf der griechischen Insel Kephallonia wurden über 5.000 Angehörige der Infanteriedivision „Acqui“ ermordet, obwohl sie sich nach kurzem Widerstand den Deutschen ergeben hatten.

Als sogenannte „Militärinternierte“ wurde den Italienern dann der für Kriegsgefangene geltende internationale Schutz verweigert. Rund 600.000 IMI wurden in die Lager im Deutschen Reich und den besetzten Gebieten verschleppt und zur Zwangsarbeit eingesetzt. Von den Mannschafts- und Unteroffizier-Stammlagern (Stalags) oder den Offizierlagern (Oflags) wurden sie in Zweiglager, Arbeitslager oder Arbeitskommandos auf Gutshöfen, bei Fabriken oder Bergwerken gebracht. Allein im Stalag III D in Berlin waren 30.519 IMI registriert (Stand Dezember 1943), die, quer über die Stadt verteilt, in Hunderten von Arbeitskommandos in Berliner Rüstungsbetrieben arbeiteten.

In den deutschen Fabriken vergrößerten die IMI das Heer der insgesamt über 12 Millionen ausländischen, vor allem osteuropäischen Zwangsarbeiter, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge. Dazu zählten übrigens auch die über 100.000 italienischen Zivilarbeiter, die bereits vor 1943 freiwillig zur Arbeit nach Deutschland gekommen waren, und denen die Rückkehr nun verboten wurde, sowie Zehntausende von italienischen Zivilisten, die nun in Razzien zusammengetrieben und zur Zwangsarbeit nach Deutschland verfrachtet wurden. Dieses zusätzliche Arbeitskräfte-Reservoir ersetzte in den Betrieben die zur Wehrmacht einberufenen deutschen Arbeiter und ermöglichte den nach der Niederlage von Stalingrad von Goebbels ausgerufenen Totalen Krieg. Trotz verstärkter Bombenangriffe konnten die Unternehmen nun ihre Produktion noch einmal ausweiten – nicht wenige profitierten nach 1945 im sogenannten Wirtschaftswunder davon.

Auf der politisch-rassistisch Diskriminierungsskala der Nationalsozialisten waren die ehemaligen Verbündeten nun plötzlich ganz weit unten angesiedelt; die deutsche Bevölkerung beschimpfte die Italiener als „Verräter“ und „Badoglio-Schweine“. Claudio S. erlebte das noch während des Eisenbahn-Transports ins Reich: „Wir erreichten Deutschland und begriffen, was unser Schicksal war. Irgendwann mussten wir austreten, aber den Bedürfnissen kam

² Interview Claudio S., Online-Archiv "Zwangsarbeit 1939-1945", <http://www.zwangsarbeit-archiv.de>.

man nur auf Befehl nach. Also mussten alle auf Befehl mitten auf dem Bahnhof aussteigen, sich die Hose runterziehen, mit dem Hintern in Richtung der deutschen Bevölkerung, der Frauen und Kinder, dieser Jungen, die Steine auf uns warfen und ‚Scheiß- Badoglio‘ riefen.“ Die Goebbels-Propaganda stieß bei den Deutschen, auch bei Nicht-Parteimitgliedern, auf Zustimmung. Sie reaktivierte alte, häufig rassistisch aufgeladene Ressentiments aus der Gegnerschaft während des Ersten Weltkriegs, die in Schimpfworten wie „Itaker“ bis weit in die 1960er Jahre hinein weiterwirkten.

Die von Mussolinis *Repubblica Sociale Italiana* in den Lagern betriebene Werbung für eine neue faschistische Armee wurde nicht nur von den am Erhalt ihrer Arbeitskräfte interessierten deutschen Verbündeten hintertrieben, sondern fand auch wenig Resonanz bei den Internierten – trotz der Chance, aus den miserablen Lagerbedingungen herauszukommen. Neben der allgemeinen Kriegsmüdigkeit und der Skepsis gegenüber den faschistischen Versprechungen lag das wohl an der Befürchtung, an die Ostfront geschickt zu werden, vielleicht auch an dem auf König Vittorio Emanuele geschworenen Eid. Claudio S. ist heute noch stolz auf seine Verweigerung: „Ich sagte 75 Mal ‚Nein‘, und ich kam in vierzehn Lager. Ich hätte jeden Morgen, in jeder dieser 50 Millionen Sekunden unterschreiben können. Ich wäre nach Italien zurückgekehrt oder wenigstens aus dem Lager herausgekommen, um bei einem deutschen Bauern zu arbeiten. Ich unterschrieb nicht und ich blieb dort.“ Aus welchen Motiven auch immer, das „Nein“ der Mehrheit der 600.000 Internierten war ein Akt des Massen-Widerstands.

Die Lebensbedingungen in den Barackenlagern waren von Hunger, Misshandlungen, Krankheiten und Bombenangriffe geprägt. Ein Bericht einer Werbekommission im Stalag III A in Luckenwalde vom 7. Oktober 1943 beschreibt die Lebensverhältnisse und die Stimmung im Lager: Rund 16.000 IMI, Antifaschisten und Faschisten, lebten primitiv in Baracken und Zelten. Während die Mannschaften gelassen ihr Schicksal ertrügen, gar erleichtert seien, dass für sie der Krieg vorbei sei, seien die Offiziere über die ungerechte Behandlung verbittert. Im Arbeitskommando Rothenfelde-Wolfsburg lebten gut 1.400 italienische Gefangene in 14 Wohnbaracken mit drei Küchenbaracken, Toiletten und Waschräumen, 450 von ihnen arbeiteten auf Baustellen, der Rest bei VW. Die Aufseher waren wahre Folterknechte, Bekleidung und Ernährung miserabel. Einem Italiener, der während der Nachtschicht die Reste in einem Kochtopf der deutschen Arbeiter auflecken wollte, zertrümmerte ein Aufseher mit dem Gewehrkolben den Schädel.

Im Februar 1944 ordnete Hitler die Leistungsernährung an, so dass die bereits geschwächten Gefangenen noch weniger Verpflegung bekamen. Der Generalbeauftragte für den Arbeitseinsatz Fritz Sauckel sagte am 11. Juli 1944 auf einer

Chefbesprechung in der Reichskanzlei, dass die IMI „geradezu am Verhungern“ seien. „Ihr derzeitiges Statut, die Methoden ihrer Überwachung [...], ihre Ernährung, Unterbringung und Bekleidung behindern eine volle Ausnutzung ihrer Arbeitskraft.“³ Im Sommer und Herbst 1944 wurden die Militärinternierten dann offiziell in ein Zivilarbeitsverhältnis überführt, denn Rüstungsminister Albert Speer hatte auf einen effizienteren Arbeitseinsatz ohne den Einfluss und die Bewachungsvorschriften der Wehrmacht gedrängt. Außerdem wollte das als Marionettenregierung wieder eingesetzte Mussolini-Regime mit dieser angeblichen „Freilassung“ sein Image bei den Italienern verbessern.

Das Oberkommando der Wehrmacht erließ am 3.8.1944 eine entsprechende Weisung, nach der alle IMI unterschreiben sollten, dass sie bis Kriegsende zu den für italienische Zivilarbeiter gültigen Bedingungen in Deutschland arbeiten würden. Ausgeschlossen waren Offiziere, die als unzuverlässig galten, ehe auch sie im Januar 1945 zur Zwangsarbeit verpflichtet wurden. Die Umwandlung sollte zügig ohne Arbeitsunterbrechung vollzogen werden; teilweise musste dabei aber offenbar Gewalt angewendet werden. Nicht nur im Arbeitskommando Wittenau des Stalag III D Berlin wurden Italiener misshandelt, um sie zum Unterschreiben der Übertrittserklärung zu zwingen. Nach einer neuen Regelung vom 4.9.1944 wurden dann alle IMI formlos überführt und damit – auch gegen ihren Willen – ‚befreit‘. So wurden aus den als Militärinternierten bezeichneten Kriegsgefangenen nun zivile Zwangsarbeiter.

An den tatsächlichen Lebensbedingungen änderte sich durch diesen unfreiwilligen Statuswechsel wenig. Hunger, Krankheiten, Bombenangriffe und Terror kosteten mindestens 40.000 Militärinternierten das Leben. Zu Kriegsende kam es vielfach zu Massakern an Italienern, etwa auf dem Bahnhof Kassel-Wilhelmshöhe, wo am 31.3.1945 78 Italiener wegen angeblicher Plünderung ermordet wurden. In Treuenbrietzen, südwestlich von Berlin, waren eine Woche vorher 127 Italiener in einer Sandgrube erschossen worden.⁴

Nach 1945: Krieg, Erinnerung, Migration und Tourismus

Nach dem Krieg wurden die Militärinternierten wie alle Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Deutschland zu vergessenen Opfern des Nationalsozialismus. Die Zwangsarbeit wurde trotz ihrer Verurteilung in den Nürnberger Prozessen seitens der bundesdeutschen Politik und der Gerichte Jahrzehnte lang als übliche Begleiterscheinung von Krieg und Besatzungsherrschaft bezeichnet und damit zugleich bagatellisiert, nicht aber als spezifisches NS-Unrecht anerkannt. Ausländische NS-Opfer hatten im Nachkriegsdeutschland

³ Nach Schreiber 1990, 419f.

⁴ Gianfranco Ceccanei/ Bodo Förster, *Deportati italiani a Berlino e nel Brandeburgo 1943-1945*, Berlin 2007.

ohnehin kaum eine Stimme. Auch der Eiserne Vorhang beförderte, dass die – mehrheitlich osteuropäischen – Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Westdeutschland in Vergessenheit gerieten. Nicht anders erging es allerdings den NS-Opfern aus demjenigen Nachbarland, zu dem die Bundesdeutschen wohl den intensivsten persönlichen Kontakt entwickelten: Italien war mit der Bundesrepublik durch Migration und Tourismus so eng und massenhaft verflochten wie kaum ein anderes der einst von Nazideutschland überfallenen Länder.

Schon zehn Jahre nach dem Krieg kamen wieder Italiener zum Arbeiten nach Deutschland: Im Frühjahr 1955 warb der Bauernverband Baden-Württemberg 200 italienische Landarbeiter an. Das Handelsblatt warnte am 21.9.1955 die Unternehmen davor die Erfahrungen mit den Zwangsarbeitern noch für gültig zu halten: „Heute sind – auch beim Italiener! – die Ansprüche an den Lebensstandard und den Lohn hoch.“⁵ Mit dem deutsch-italienischen Anwerbeabkommen im Dezember 1955 entstand das System der ‚Gastarbeit‘, das in den 1950er Jahren ohne große Diskussion in der Öffentlichkeit die süd-europäische Arbeitsmigration nach Deutschland – wieder – in Gang brachte.

Die Presse versuchte im Allgemeinen, keine Assoziationen an die NS-Zwangsarbeit aufkommen zu lassen; Ausländerbeschäftigung war nun nicht mehr Ausbeutung, sondern Entwicklungshilfe. 1964 stellte der „Spiegel“ aber die Leserbrief-Reaktionen auf eine ‚Gastarbeiter‘-Titelstory unter die aus der NS-Terminologie geläufige Überschrift „Fremde Heere Süd“ – hier war sie doch, die Kontinuität. Die meisten AnwohnerInnen und KollegInnen waren, solange ihre Überlegenheit und Bevorrechtigung nicht in Frage gestellt wurde, nicht aggressiv fremdenfeindlich. Zwar kursierten Schimpfwörter wie „Spaghettifresser“; typischer war aber der freundlich-herablassende Schlagel „Zwei kleine Italiener“ von Conny Froboess aus dem Jahr 1962.

Anfang der 1970er Jahre bemerkte die deutsche Öffentlichkeit dann die wirtschafts-, sozial- und wohnungspolitischen Probleme, die mit der Niederlassung der ehemaligen ‚Gastarbeiter‘ einhergingen. Zum Feindbild wurden nun aber nicht die italienischen, sondern die – zuletzt und in größerer Zahl eingewanderten – türkischen Migrantinnen und Migranten. In den politischen Debatten wurden die Zugewanderten oft in ‚gute‘ und ‚schlechte‘ Ausländer aufgeteilt, wobei Italiener als Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft es immer leichter hatten, zu den ‚Guten‘ gezählt zu werden.

Trotz nach wie vor bestehender Integrationsdefizite, etwa einer hohen Arbeitslosigkeit, genießt die italienische Minderheit heute in Deutschland ein

⁵ Ulrich Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, Bonn 2003, S. 206.

gutes Image, unterstützt auch durch die weitgehende Italianisierung des bundesdeutschen Alltags, vor allem der Esskultur. Diese Akzeptanz wurde wiederum gefördert vom Massentourismus, der seit den 1950er Jahren Millionen Deutsche nach Italien geführt hatte.⁶ Werbung, Filme und Lieder idealisierten Italien damals als romantisches Arkadien und sinnenfrohes Dolce Vita-Land. Neben dem 1943 komponierten Schlager „Capri-Fischer“ waren nicht zuletzt die Don-Camillo-Filme des ehemaligen Militärinternierten Giovannino Guareschi ein großer Erfolg.

Bei vielen Touristinnen und Touristen stand dem verklärten Italien-Image jedoch ein negatives Italiener-Klischee gegenüber. Traditionsreiche, im Nationalsozialismus neu belebte Ressentiments bündelten sich in dem gängigen Schimpfwort ‚Itaker‘, das seit der NS-Zeit zunächst für italienische Soldaten, später für Italiener allgemein weit verbreitet war. Es wurde besonders oft im Kontext sexueller Konkurrenz verwendet, wenn die Attraktivität des – durch die wachsende Unabhängigkeit der deutschen Frauen ohnehin verunsicherten – deutschen Mannes in Frage gestellt wurde.

In den Reiserouten zu Strandbädern und historischen Sehenswürdigkeiten kamen die Stätten von Kriegereignissen und deutschen Massakern nicht vor.⁷ 1977 beschrieb der Baedeker Marzabotto nur als „ein im Zweiten Weltkrieg zerstörtes und seitdem wiederaufgebautes Dorf.“ Die italienische Geschichte wurde – wie stets im Tourismus – hochselektiv wahrgenommen.

Erinnerung ohne Entschädigung

Auch in Italien selbst geriet die Geschichte der IMI in Vergessenheit. Nach ihrer Befreiung warteten die IMI in Durchgangslagern monatelang auf ihre Rückkehr; viele machten sich auf eigene Faust auf den Heimweg. Zuhause trafen ihre Erzählungen auf geringes Interesse. Im Zentrum des historischen Selbstverständnisses Italiens stand lange Zeit der antifaschistische Grundkonsens der – nicht selten mythisch überhöhten – Resistenza, in den die Militärinternierten nicht hineinpassten. Als oft unpolitische, manchmal auch monarchistisch eingestellte Soldaten waren sie keine Identifikationsfiguren für die Nachkriegsrepublik. Sofern sie sich der Zusammenarbeit mit der *Repubblica di Salò* verweigert hatten, waren sie aber auch den ehemaligen Faschisten suspekt. Ihr „Nein“, ihre Verweigerung der Zusammenarbeit, blieb in der Erinnerung an den Widerstand vergessen, was Rückkehrer wie Claudio S. sehr verbitterte:

⁶ Mehr dazu: Cord Pagenstecher, L'immagine dell'Italia nella pubblicità tedesca del dopoguerra. Il Lago di Garda e la Riviera Adriatica nelle brochure del tour operator Scharnow, in: Storia del turismo. Annale 2003, hrsg. v. Istituto per la Storia del Risorgimento Italiano – Comitato di Napoli, Roma/Milano: FrancoAngeli 2004, S. 105 – 136.

⁷ Vgl. dazu den Roman: Erri de Luca, Das Meer der Erinnerung, Feltrinelli 2003.

„Wir waren Verräter und Feinde, von denen man in Italien nicht sprechen durfte. Denn während der zwei Jahre des Faschismus hatte man uns in Italien als Kollaborateure hingestellt, als freie Arbeiter: ‚Sie arbeiten für die deutsche Rüstungsindustrie!‘ Dann kehrten die Kollaborateure zurück, und sagten: ‚Von wegen Kollaborateure, wir haben zwei Jahre gehungert, wir waren Sklaven, keine Kollaborateure.‘“

Viele Betroffene leiden noch immer und besonders im Alter unter den psychischen und physischen Folgeschäden von Internierung und Zwangsarbeit. Die deutschen Regierungen und die von dem Sklaveneinsatz profitierenden Betriebe lehnten lange Zeit – von wenigen Ausnahmen abgesehen – eine finanzielle Entschädigung ab.

In Italien fehlte den Militärinternierten eine Lobby. In der Zeit von Kaltem Krieg, ‚Gastarbeit‘ und Italiens Tourismus wünschten die christdemokratischen Regierungen keinen Konflikt mit dem nun wieder zum Verbündeten gewordenen Deutschland. Anfang der 1960er Jahre erhielt Italien, wie andere westeuropäische Staaten, für erlittene Kriegsschäden eine einmalige Globalzahlung, von der die Individuen aber kaum etwas erhielten. Weitere Ansprüche und Klagen der Betroffenen fanden nie irgendeine Unterstützung der italienischen Regierung.

Auch die Strafverfolgung ruhte in Deutschland und Italien. Der Gestapostellenleiter, der den Befehl zu dem IMI-Massaker in Kassel gab, wurde 1952 zu zwei Jahren Haft verurteilt, alle anderen Beteiligten freigesprochen. Die Täter von Treuenbrietzen und vieler anderer Verbrechen wurden nie ermittelt. In Italien wurde die juristische Verfolgung der Besatzungsverbrechen Anfang der 1950er Jahre eingestellt, u.a. auch, um nicht über italienische Kriegsverbrechen in Jugoslawien, Libyen oder Äthiopien sprechen zu müssen. Ermittlungsakten gegen deutsche Kriegsverbrecher landeten bei der Militärstaatsanwaltschaft in einem Schrank, der Jahrzehnte lang mit der Tür zur Wand stand. Erst nach der Öffnung dieses „Schanks der Schande“ 1994 wurden mehrere Verfahren gegen deutsche Kriegsverbrecher eingeleitet, die aber von der deutschen Justiz nur schleppend oder gar nicht unterstützt wurden.

Erst Ende der 1990er Jahre weckten die internationalen Verhandlungen über eine Entschädigung für Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter auch bei den IMI Hoffnungen auf eine zumindest symbolische Anerkennung. In den Jahren 1998 bis 2000 erzwang der politische und juristische Druck aus den USA die Gründung der von Staat und Wirtschaft finanzierten Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“. Ehemalige KZ-Häftlinge und Arbeitskräfte aus Osteuropa erhielten je nach Verfolgungsschicksal eine einmalige Zahlung zwischen 500 und 7.700 Euro. Kriegsgefangene waren grundsätzlich nicht leistungsberechtigt.

Der Statuswechsel der Militärinternierten zu zivilen Zwangsarbeitern wurde 2001 von der Bundesregierung aufgrund eines fragwürdigen Gefälligkeitsgutachtens des Völkerrechtlers Christian Tomuschat für nicht wirksam erklärt. Die Folge: Die etwa 90.000 Überlebenden galten formal weiterhin als Kriegsgefangene und blieben damit, wie alle Kriegsgefangenen, von den Zahlungen nach dem Stiftungsgesetz ausgeschlossen. Die bereits mit mühsam zusammengesuchten Nachweisen eingereichten Anträge wurden abgewiesen. Betroffene wie Claudio S. waren enttäuscht, „dass die deutsche Regierung uns falsche Hoffnungen auf Entschädigung gemacht hat, uns ohne Grund betrogen hat.“ Klagen der Betroffenen wurden von deutschen Gerichten bis hinauf zum Bundesverfassungsgericht zurückgewiesen; Verfahren vor italienischen und europäischen Gerichten schlossen sich an.

Auch in der öffentlichen Erinnerung war die Verschleppung und Zwangsarbeit der Militärinternierten lange Zeit ein vergessenes Thema. Außer den Betroffenen selbst, die – besonders die Offiziere – vielfach ihre Erinnerungen niederschrieben erinnerten nur wenige Initiativen an das Leid der Militärinternierten. Stellvertretend für viele Engagierte seien neben der ANRP⁸ einige davon genannt.⁹ Valter Merazzis Forschungszentrum „*Schiavi di Hitler*“ in Como führte Interviews durch, engagierte sich in der Entschädigungsdebatte, erarbeitete Ausstellungen und baut ein Archiv auf. Der Lehrer Bernhard Lehmann vom Paul-Klee-Gymnasiums in Gersthofen machte mit seinen Schülern mehrere Projekte, die auch zu einem Dokumentarfilm führten. Bodo Förster und Gianfranco Ceccanei recherchierten zum Massaker von Treuenbrietzen. Die Berliner Geschichtswerkstatt engagierte sich seit 1994 für die Erhaltung der Baracken eines ehemaligen Italienerlagers in Berlin-Schöneweide. 2006 gelang es endlich, dort ein Dokumentationszentrum einzurichten, das sich unter anderem der Erinnerung an die Militärinternierten widmen soll. In Deutschland arbeiteten Stalag-Gedenkstätten wie Zeithain, Sandbostel oder Bergen-Belsen die Geschichte der IMI auf; die ehemaligen IMI-Lager im besetzten Polen sind dagegen weithin vergessene Orte. In Nord-Italien erinnerten regionale Geschichtsinstitute, etwa in Bologna und Modena, oder das *Museo dell'Internamento* in Padova an die Internierten aus ihrer Region. Die aus Süditalien stammenden IMI blieben dagegen lange Zeit unbeachtet. Hier schließen die von Barbara Bechelloni, Andrea Giuseppini und Roman Herzog im vorliegenden Projekt gesammelten Interviews eine wichtige Lücke.

⁸ <http://www.anrp.it>

⁹ <http://www.schiavidihitler.it>, <http://www.8744.eu>, <http://www.berliner-geschichtswerkstatt.de>, <http://www.zwangsarbeit-in-berlin.de>, http://www.stsg.de/main/zeithain/ueberblick/einfuehrung/index_it.php, <http://www.dokumentationsstaette-sandbostel.de>, <http://www.bergenbelsen.de>, <http://www.museodellinternamento.it> u.v.m.

Die Erinnerungsberichte von Zeitzeugen sind für Forschung, Erinnerung und Bildungsarbeit eine unverzichtbare Quelle, die unbedingt gesichert und erschlossen werden muss, damit die Italienischen Militärinternierten einen angemessenen Platz in der italienischen und deutschen Erinnerung finden.